

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 M., monatlich 50 Pf. einl. Postbestellgeb. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. August 1921

Anzeigenpreis: Berichts-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 1,50 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 97

Södlner „Zeitschrift“ = Schmerzen

Welt wir in untrer kurzen Betrachtung über die „Lehren von Södl“ in Nr. 94 der Södlner Kollegenchaft nach dem Ergebnisse der Verhandlungen vor dem Tarifamt nicht noch einen kräftigen Fußtritt verfehlen und die formale Seite der bedauerlichen tariflichen oder organisatorischen Begleitererscheinungen dieses Streiks nicht als aller Weisheit letzten Schluß betrachtet haben, fühlt sich die „Zeitschrift“ verpflichtet, uns eine Entgegnung vorzuwerfen, die deren Redaktion (?) nicht für möglich gehalten hätte. Wir hätten trotzdem gar keinen Anlaß, zur Sache noch einmal Stellung zu nehmen, wenn nicht in der diesbezüglichen Entrüstungsepistel in Nr. 40 der „Zeitschrift“ eine Gebanienenge zum Ausdruck käme, die auch nicht eine Spur von Einsicht in die große Notlage der Gehilfenschaft erkennen läßt.

Die „Zeitschrift“ gibt zwar selbst zu, daß wir den Streikenden recht ausführlich auseinandergesetzt haben, daß ihr Verhalten durchaus nicht den tarifgemeinschaftlichen Bestimmungen entspricht, daß wir aber auch mit untrer Meinung der Södlner Prinzipalität gegenüber nicht hinter dem Berge hielten, das paßt ganz und gar nicht in die verfeinerten Rechtsbegriffe der „Zeitschrift“. Auf das „allererkennlichsten“ weist sie daher den Vorwurf zurück, daß die Södlner Prinzipalität bzw. deren maßgebende Kreise ein rücksichtsloses Verhalten an den Tag gelegt hätten. Das ist eine unwahre Behauptung!

Nur gemacht, verehrte Wahrheitsritter in der Leipziger Dolzstraße! Was wahr oder unwahr in diesem Fall ist, wird nicht durch entrüstetes Anklamern an starre Gesetzesbuchstaben entschieden, sondern durch die Auffassung des Geistes, der diesen Gesetzen erst ihre Berechtigung gibt. Und wenn die Södlner Prinzipalität von Anfang an auf den starren Buchstaben des tariflichen Gesetzes gepocht hat, das in Wirklichkeit auch heute noch kein Maximalgesetz, sondern ein Minimalgesetz darstellt, das nach „Treu und Glauben auszuliegen und zu erfüllen ist“, so sollte eben in diesem Verhalten auf Prinzipalsseite in Södl jedes Verständnis dafür, daß die Notlage der Gehilfenschaft eine solche ist, die nach Treu und Glauben schon viel früher besondere Beachtung verdient hätte. Wäre dafür auch nur ein Funken Verständnis in maßgebenden Prinzipalskreisen Södl vorhanden gewesen, so hätte es trotz „Ultimatum“ gar keiner Verhandlungen vor dem Tarifamt bedurft. Denn die Tarifgemeinschaft verbietet solche örtliche Vereinbarungen in keiner Weise. Es fällt uns auch gar nicht ein, zu bestreiten, daß auf Gehilfenseite keine Fehler begangen wurden; aber diese Fehler verlieren von ihrer Größe, je deutlicher es in den letzten Jahren und Monaten geworden ist, daß gerade die maßgebenden Kreise auf Prinzipalsseite in Södl für die Zuspitzung der tariflichen Beziehungen zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft im ganzen II. Tarifkreis in erster Linie verantwortl. sind.

Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle uns in Einzelheiten der unerfreulichen Tarifgeschichte dieses Streikes verlieren. Die jeweiligen Gehilfenfunktionäre haben in dieser Beziehung schon seit Bestehen der Tarifgemeinschaft sehr dornenreiche Pfade zu wandeln gehabt. Daß alle diese Erfahrungen in der Gehilfenschaft des Kreises II den Glauben an eine schließlich-friedliche Lösung der jeweiligen Streitfragen mehr und mehr erschüttert haben, ist für alle, die unter den heutigen trostlosen wirtschaftlichen Verhältnissen schwerer zu leiden haben, als die Paragrafenreiter im Södlner Prinzipalslager oder im Leipziger Zwischengerechtheitsamt, ganz gut zu verstehen. Daß in manchen anderen Tarifkreisen solche Konflikte, die unter den heutigen sprunghaften Verhältnissen ausbrechen, in anderer, ruhiger und sachlicher Weise überbrückt werden, beweist, daß die Gehilfenschaft sehr wohl mit sich reden läßt, wenn von der andern Seite das Vertrauen nicht in der Weise erschüttert wurde, wie gerade im Kreise II unter Södlner Führung. Wenn nun auf der letzten Kreisversammlung des Kreises II nach dieser Richtung in Prinzipalskreisen eine festerer Einsicht Platz ge-

griffen hat, so ist das erstreblich. Daß sie aber erst unter dem Druck sehr unerfreulicher Erscheinungen der Vergangenheit bis in die neueste Zeit hinein zustande gekommen ist, ist ebenso bedenklich; zumal dadurch bewiesen wird, daß die frühere Nichtbeachtung der Gehilfenforderungen und aller noch so eindringlichen Vorstellungen der Gehilfenvertreter weniger eine Frucht des Nichtkönnens als des Nichtwollens war.

Wir haben gar keine Ursache, organisatorische Verfehlungen der Södlner Gehilfenschaft bei dieser Bewegung zum Caudium untrer wirtschaftlichen Gegner besonders breitzutreten. Darüber wird an anderer Stelle und von berufener Seite der Organisation verhandelt werden. Für uns kann es sich nur darum handeln, Licht und Schatten in objektiver Weise zu verteilen; nicht nur zu verurteilen, sondern auch zu beachten, welche Ursachen zu solchen Konflikten geführt haben, das ist untre harte Pflicht! Sie „Zeitschrift“ läte besser, ebenfalls nach diesem Rezept zu handeln, und nicht nur mit dem angeblich immer weisen Brüllruf der Prinzipalität zu stanieren. Wir haben gegenüber der Södlner Kollegenchaft vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kein Seh gemacht, daß sie falsche Wege gegangen ist. Und wir sind deshalb bei ihr auch so ziemlich unten durch. Das macht gerade kein Vergnügen, aber es gehört zu untrer billeren Handwerk. Wo gehobelt wird, gibt es Späne, die nicht danach fragen, wenn sie um die Ohren fliegen.

Aber von solchen Schwierigkeiten oder Gewissenspflichten weiß sich die „Zeitschrift“ seit Jahr und Tag völlig frei. Es hat zwar auch bei ihr schon Zeiten gegeben, wo nicht alles auf Prinzipalsseite unter selbstbeweihräuchernden Duff behandelt wurde, wo auch noch einlges Verständnis für die Lage der Gehilfenschaft ab und zu in ihren Spalten zu finden war. Seit jedoch die Herren Juristen, Altsessoren und Referendare auf die Sessel ehemaliger Fachleute berufen wurden, weil alle geschäftlichen Dinge immer größer und breiter „umgeschrieben“ werden müssen, geht die Geschichte nur noch „formell“, zwangsläufig; die Gehilfenfragen und -sorgen sind lediglich noch Registraturforgen, die nach Schema F oder nach Paragraph foundso „bearbeitet“ werden.

Es ist daher auch gar kein Wunder, daß die „Zeitschrift“ über einen andern wunden Punkt in untrer „Lehren von Södl“ in Nr. 94 ganz auffellend hinwegzusehen versucht. Wir haben dabei den Sach im Auge, der folgendermaßen lautet:

Die Tatsache, daß in Södl neben den Arbeiterdruckereien über 30 kleinere Betriebe die Forderungen der Gehilfenschaft bewilligt haben, daß sich in der Hauptsache nur die Großbetriebe schroff ablehnend verhalten haben, beweist, daß es weniger am Können als am Willen liegt.

Wir gestehen offen, daß wir in diesem Sach eine viel schwerere Beurteilung des Verhaltens der Södlner maßgebenden Prinzipale erblicken, als in dem Vorwurf, daß sie die Gehilfenschaft bis aufs Blut gereizt hätten. Denn letzteres kann schließlich von Herren, deren Einkommen das der Gehilfen um das Vielfache übersteigt, auch gar nicht richtig nachempfunden werden. Wir beurteilen insgedessen die diesbezügliche Entrüstung der „Zeitschrift“ mehr als Theaterdonner, der über das von uns bewiesene Wollen trotz des Könnens hinwegzusehen ist. Wir registrieren ferner das Schweigen der „Zeitschrift“ gerade über diesen Punkt als Zugeständnis der Wahrheit untrer Behauptung. Das gibt aber auch untrer Meinung, daß die Södlner Gehilfenschaft durch das Verhalten der maßgebenden Prinzipalskreise bis aufs Blut gereizt worden sei, eine nachträgliche Unterfretzung, die die Lehren von Södl noch um ein Lehr beachtenswertes Charakteristikum bereichert. Oder ist die „Zeitschrift“ in der Lage, durch öffentlichen, nachprüfbar Beweis aus den Büchern der in Frage kommenden Herren untre diesbezügliche Behauptung zu entkräften? Die Gehilfenschaft kann für ihre Notlage zu jeder Zeit den entprechenden einwandfreien Nachweis erbringen; warum nicht auch die Prinzipalität?! Und solange die „Zeitschrift“ darüber keinen unzweifelhaften Aufschluß geben kann oder will, bewertet

die Gehilfenschaft derartige moralische Entrüstungen nur als Verlegenheitsäußerungen sehr empfindlicher Stellen. Wir empfehlen daher der Anstands dame in der Leipziger Dolzstraße, in dieser Angelegenheit Schluß zu machen und deren Akten in das Fach ihrer Regalkatur zu legen, das folgende Aufschrift hat: Nicht berühren!

Die Not der Verbandsinvaliden

In welsch' überaus kläglicher Lage sich untre durch hohes Alter oder schwere Krankheit arbeitsunfähig gewordenen Kollegen besonders jetzt befinden, wo die Teuerung infolge der Geldentwertung ins Unermeßliche gestiegen ist, das weiter auszuführen oder nachzuweisen, dürfte sich erübrigen. Die Kollegenchaft verpflcht ja den Einfluß der schwierigen Zeitverhältnisse am eignen Leibe. Mit vollem Rechte hat sie wiederholt den Prinzipalen Aufbesserungsanträge unterbreitet, die zum Teil auch berücksichtigt wurden, so daß ein Ausgleich, wenigstens annähernd, zustande kam. Und wenn noch manches zu wünschen übrig blieb, so wird wohl demnächst Abhilfe geschaffen werden. Die Mittel und Wege dazu sind ja gegeben.

Aber wie steht es mit den Invaliden, den sogenannten „Schmerzkindern“ des Verbandes, in deren Reihen sich die altbewährten Kämpfer der vergangenen Sturm- und Drangperiode der Organisation befinden? Herliche Worte widmete ihnen die Kollegenchaft zu ihren Jubiläen unter Hinweis auf ihre Treue und Solidität. Dürfte es da nicht angebracht sein, sich jetzt ihrer anzunehmen?

Die Invaliden Breslaus haben unter Berücksichtigung des Vorstehendem dem Gauvorstand ein Gesuch unterbreitet, das in dem Antrage gipfelt: „Er möge bei der nächsten Gauvorstellkonferenz dahin wirken, daß die Bezüge der Invaliden bald aufgefessert werden.“

Es dürfte dieser Antrag Beifall finden im ganzen Reiche, besonders da die Finanzen des Verbandes nach dem letzten Stassenbericht recht günstig erscheinen. Sollte der Schein aber trügen, dann würde dem schweren Ubel durch eine kleine Beitragserböhung leicht abgeholfen sein. Kein denkender und fühlender Kollege wird sich dieser Ehrenpflicht entziehen wollen; alle werden sie das kleine Opfer gern bringen.

Vielleicht gibt das Vorgehen der Breslauer Invaliden die Anregung zu einer gleichen Maßnahme in den übrigen Gauen.

Breslau. E. L.

Jugend- und Wanderforgen

In dem Artikel „Gewerkschaftsstrategen“ in Nr. 94 stellt Kollege Schumacher (Münster) u. a. die geradezu klassische Frage auf: „Warum geht die junge Generation so wenig in die Zugluft der kalten Welt? Sie ziehern kaum mehr in der Welt herum. Untre jungen Kollegen machen sich es leicht.“ Das klingt wie ein schlechter Witz. Kennt denn der Herr Kollege die Verhältnisse nicht oder will er sie für die Jungen nicht gelten lassen. Glaubt er denn, daß ein Kollege in seiner Lehrbude bleibe, wo er vier Jahre drangalziert worden ist, wenn er Aussicht hätte, wo anders Stellung zu finden? Nein und tausendmal nein. Die meisten von uns jüngeren Kollegen haben eine Kriegslehrezeit hinter sich. Ja, Striegelschmerz mit schlechter Ausbildung und dafür um so mehr Überfunden und Schikanen. Haben die Eltern, mehr selbst in den mangelhaften Verhältnissen, uns vier Jahre lernen lassen, daß wir im fünften untre Bündel packen, daß wir in die Zugluft kommen? Was das heißt, vier Jahre fast keinen Fleißig beimzubringen, wissen alle Kollegen. Dann glaube ich, ist es verdammte Pflicht und Schuldigkeit als junger Gehilfe, ein klein wenig das wieder gutzumachen, was vier Jahre Lehrgeld für einen Ausfall für die Eltern gemacht haben. Wie stellt sich überhaupt Kollege Sch. heute die Wanderforgen vor? Die paar Fleinnige Unterstühtung langen glatt zum Verhungern auf offener Landstraße. Die Sahe in Vertriebsreisen waren geradezu lustlich, sozen die heutigen. Wer will eine Sungenkur mitmachen? Freiwillige ver! Dann zerump und heruntergekommen in die Me mal zurück, ohne Stellung gefunden zu haben. Netke Ausfiden! Glaubt der Herr Kollege, die Jungmannschaften von heute hätten nicht den Mut, den die Jungen ehemals hatten? Gewiß, nur schaffst zuerst andre Zeiten, wenn ihr könnt, und laßt das Pochen auf

ure Jugend, die zehnmal besser war als unsre. Wenn das Zeitalter aufhört und wir wieder Menschen sind, dann, Kollege Sch., gehen wir Jungen wieder „in die Zukunft der weissen Welt“.

Fürst L. B. Richard Hartwig.

Die Betrachtung über allerbhand Leiden und Freuden der Wandererschaft (vgl. Nr. 83 des „Korr.“) läßt sich mit einiger Erlebnisse, die nicht gerade geistlich sind, bei den jungen Kollegen die Lust zur Wandererschaft zu stärken, wiedergeben. Anerkannt sei ohne weiteres, daß die Argumente, die von älteren Kollegen in der Regel für das „Tippen“ der jüngeren Kollegen ins Feld geführt werden, ohne weiteres auch heute noch richtig sind. Der Kollege, der sich einmal in der Welt umgesehen, wird mit einem größeren Weltbilde Menschen und Dinge betrachten und beurteilen, wie einer, der vom engen Gesichtskreis seiner Vaterstadt oder seiner Lehrdruckerlei aus seine Betrachtungen anstellt. Ein größeres Selbständigkeitsgefühl und Selbstbewußtsein wird einem solchen jungen Menschen eigen sein, was keine Bedeutung im Gewerkschaftskampfe nur heft.

Mit welchen Schwierigkeiten aber heute ein junger Kollege zu kämpfen hat, mußte ich im vorigen Jahr erfahren. Während mir in allen andern Herbergen ein noch halbwegs mäßiger Preis abgenommen wurde, hatte ich im „Gewerkschaftshaus“ in Hannover für Übernachtungen 4,50 Mk. zu zahlen (Juli 1920), und das bei einer Unterfrühstück von sage und schreibe einer Mark pro Tag. Wie hoch heute der Preis ist, ist mir nicht bekannt. Ist das nicht ein Schandmal, und dann noch in einem Gewerkschaftshaus? Wenn noch zugegeben werden muß, daß man in sanitärer Beziehung in den modern eingerichteten Gewerkschaftshäusern gut aufgehoben ist, so sollte man doch solcher Kuppler der Armlisten der Firmen in einem Heim organisierter Arbeiter energisch entgegenstellen.

Wiel richtiger wäre es auch, der Verband gäbe ein Fremdenverkehrserechnis gar nicht heraus, dann hätte man nicht so viel Scherereien und Querelen. Das Verechnis soll doch als Führer dienen und nicht ein Geduldspiel sein. Ich habe ich erlebt, daß wenn ich in einer angenehmen Wirtschaft nachfrage, um dort zu übernachten, es dann hieß: „Das war einmal, vor hundert Jahren“. Das gleiche ist öfters der Fall, wenn man morgens den Kaffierer auflischt.

Als ich im September 1920, abends gegen 12 Uhr, müde und hungrig in einer größeren norddeutschen Stadt ankam, fand ich infolge der späten Nachtlunde keine Schlafgelegenheit mehr; übrigens hatte ich auch keinen Pfennig mehr in der Tasche. Es blieb mir also nichts weiter übrig, die Nacht im Wartesaal zu verbringen. Vom Junger gepöppelt, war ich am andern Morgen um 6 Uhr wieder auf den Beinen. Der Kaffierer war aber erst von 9 Uhr an zu sprechen. Ich irrte also bis 8¹/₂ Uhr durch die Stadt. So gegen 8¹/₂ Uhr langte ich bei dem Kaffierer an, um meine Reiseunterstützung zu holen, damit ich mir etwas zu essen kaufen konnte. Der Kaffierer schien aber schlecht gelaunt zu haben. Statt der Unterstützung bekam ich „schöne“ Worte zu hören über mein so frühes Kommen usw. Wo bleibt da die Kollegialität?

Die „Tippelei“ hat ferner ihre Schattenseiten bei dem Aufsuchen der Buchdruckerleien: Entweder kommt man gar nicht erst hinein oder man kommt mit einigen Großen wieder heraus.

Mehr Kollegialität bleibt auf jedem Fall zu wünschen übrig und ich sage auch, eine baldige Änderung der kritischen Zustände wäre im Interesse aller reisenden Kollegen sehr angebracht.

Hamburg.

Paul Grassl.

Die vorstehenden Jugend- und Wanderfragen haben gewiß einen großen Teil Berechtigung. Und trotzdem möchten wir den jungen Kollegen nicht raten, diesen Dingen hoffnungslos gegenüberzutreten. Auch die Handwerksburschenzeit früherer Zeit hatte ihre schwarzen Tage; zumal zeigten, wo die Arbeitslosigkeit eine viel größere war als heute. Da war die Zahl der Wanderer um ein Vielfaches höher und die Aussicht, irgendwo Stellung zu erhalten, viel geringer als heute. Wenn auch die heutigen hohen Lebenshaltungskosten uns nicht dazu verleiten können, zur Wandererschaft direkt aufzumuntern, so möchten wir den jungen Kollegen dennoch raten, jede Gelegenheit wahrzunehmen, wo sie sich beruflich verändern können. Die heutige günstige gewerbliche Konjunktur bietet insbesondere jungen Kollegen, die noch nicht an einen Umzug mit Familie denken müssen, ganz andre Gewerkschaften als früher, ihre beruflichen und sonstigen Kenntnisse durch Stellungswechsel zu erweitern. Ein Weiterarbeiten in Lehrdruckerleien, wo die Ausbildungsbedingungen erschlößt sind, hat für junge Kollegen, die tüchtige Berufsgenossen werden wollen, gar keinen großen Zweck mehr. Mangelhafte Kriegsausbildung ist leider fast überall zu finden gewesen. Es braucht sich also nicht jeder junge Kollege einzubilden, daß er ein besonderes Opfer dieses Elends war. Ausgemergelt werden diese Lützen am besten in andern Arbeitsstätten unter fleißiger freiwilliger Fortbildung. Also nur nicht die Stöpfe hängen lassen! Und auch nicht gleich beleidigt sein, wenn einmal ein älterer Kollege gewisse unreflexive Ermahnungen auf Seiten der jüngeren Kollegen behält. Im Grunde genommen haben die heutigen älteren Kollegen in ihrer Jugendzeit noch ganz andre Hilfen über sich selbst anzuheben müssen. Und so geht es fort von Generation zu Generation. Je älter man wird, desto mehr erkennt man, daß man dies oder jenes heute früher besser machen können, wenn man rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht

worden wäre. Ob man dies oder jenes aber tatsächlich als junger Gauleind auf solche Ratsschläge hin besser gemacht hätte, das steht noch dahin. Wenn so wenig die heutige Jugend keine Jugend hat, hatte auch die frühere nicht viel mehr. Und trotzdem ist festzustellen, daß die heutigen Ausbildungsmöglichkeiten für unsre Jungmannschaft viel besser geworden sind als früher, und zwar dank der diesbezüglichen Bemühungen der älteren Kollegen, welche der Jugend im allgemeinen eine bessere Zukunft wünschen.

Die Redaktion.

o o o o o Gewerkschaftsrevue o o o o o

Aus dem Jahresberichte des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1920 brachte das „Korrespondenzblatt“ einen Auszug, aus dem wir das Wichtigste an dieser Stelle wiedergeben.

Am die Stelle Regens trat im Februar 1921 Theodor Leipart. Auf Beschluß des Vorstandes wurde Leipart auch als Mandatsnachfolger Regens im Reichsgewerkschaftsrat vorgeschlagen, weil er die Bedeutung des Gewerkschaftsbundes entspricht, durch seinen Vorsitzenden in dieser Körperschaft vertreten zu sein.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich immer mehr zum Nachteil der Arbeiterklasse verschlechtert. Während sich die Zahl der Erwerbslosen von Woche zu Woche steigerte, stiegen die Lebensmittelpreise fortlaufend in die Höhe. Alle Bemühungen, auf einen Preisabbau hinzuwirken, sind fehlgeschlagen. Im der drückendsten Not der Erwerbslosen zu helfen, bemühte sich der Vorstand Anfang Oktober bei der Reichsregierung, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu erwirken. Bei der tröstlichen Finanzlage des Reiches war jedoch Beginn von vornherein schwierig. Der Bundesvorstand schlug darum als Ausweg vor, wenigstens für die Wintermonate eine Erhöhung der Unterstützungsätze vorzunehmen. Er regte weiter an, daß die Gemeinden veranlaßt werden sollten, besondere Zuschüsse zur Marktbeschaffung zu geben. Die Regierung erließ am 13. Oktober die Verordnung, durch welche die Unterstützungsätze zunächst für die fünf Wintermonate um 28 Proz. erhöht wurden und auch den Gemeinden das Recht eingeräumt wurde, die schon gewährten höheren Zuschüsse auch in Zukunft weiter zu zahlen. Trotz dieser Erhöhung ist die gewährte Unterstützung nicht ausreichend. Wirkliche Hilfe kann nur durch Beschaffung ausreichender Arbeitsgelegenheit geboten werden. Auf Verlangen des Vorstandes fand darum am 30. Januar 1921 eine Sitzung des Reichskabinetts statt, zu der eine Vertretung des Bundes, der beiden andern gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sowie auch Vertreter der politischen Parteien zugezogen waren. In den Vordergrund der zu erzielenden Maßnahmen stellten unsre Vertreter die Forderung des Baumarcktes durch Finanzierung der Wohnbaubauten und Aufwendung öffentlicher Mittel zur Reparatur, Vergabe größerer Arbeiten für die Eisenbahn und Postverwaltung. Ferner sofortige Inangriffnahme der in Aussicht genommenen Kulturarbeiten in den Moor- und Südländereien. Den dringenden erhobenen Vorstellungen konnte sich die Reichsregierung nicht entziehen. Es wurde zugesagt, daß allein vom Eisenbahnministerium für etwa 16 Milliarden Mark Aufträge zur Vergabe kommen sollten, daß ähnlich große Aufträge für die Reichspost vorbereitet werden, daß ferner der Wohnungsbau, besonders in den Bergrevieren, mit allen Mitteln gefördert würde. Im Reichsgewerkschaftsrat haben unsre Vertreter dann noch Veranlassung genommen, im Ausschusse für produktive Erwerbslostenfürsorge die zu ergreifenden Hilfsmaßnahmen zu erörtern und dabei auch eine möglichst zweckmäßige Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten anzustreben. Für den aus einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit sich ergebenden Lohnausfall wurde angeregt, den betroffenen Arbeitern eine Entschädigung in Höhe von zwei Dritteln der ausgefallenen Lohnsumme zu zahlen, die je zur Hälfte vom Reich und von den Arbeitgebern aufzubringen wäre. Der Ausschuss folgte diesen Anregungen, denn, wie wir beim Abschlusse des vorliegenden Berichts feststellen konnten, fand folgender Dringlichkeitsantrag Annahme:

Der Reichsgewerkschaftsrat hat mit Befriedigung von dem Plane der Reichsregierung Kenntnis genommen, für öffentliche Arbeiten im Bergbauwesen und Wohnungsbau- und Siedlungswesen größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Reichsgewerkschaftsrat richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die Ausgabe dieser Mittel und die Bereitstellung der vorgesehenen Mittel vorrangig zu beschleunigen, daß der großen Arbeitslosigkeit schon in nächster Zeit gesteuert werden kann. Der Reichsgewerkschaftsrat hält es insbesondere für notwendig, daß diese Reichsaufträge an gewisse Bedingungen im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geknüpft wird.

Als solche Bedingungen ersucht der Reichsgewerkschaftsrat die folgenden für annehmbar: 1. Die Verordnung solcher Betriebe, in denen die Arbeitslosigkeit dauernd einen außerordentlich hohen Stand erreicht hat, 2. Die Verteilung der Arbeitsgelegenheit in einer Weise, daß möglichst viele Arbeitslose eingestellt und beschäftigt werden können sowie daß die bisher Beschäftigten die gleichen Arbeitsbedingungen erfahren wie die einzustellenden Arbeitnehmer, unter der Voraussetzung, daß der Ausfall an Volkseinkommen zu gleichen Teilen vom Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Reich getragen wird. 3. Die Kontrolle der Beachtung dieser Vorschriften durch paritätische Ausschüsseorgane.

Der Reichsgewerkschaftsrat ersucht es als dringliche Aufgabe der Reichsregierung, jede Initiative auf dem Gebiete der Erwerbslostenfürsorge daraufhin einzustellen, daß möglichst viele Arbeitslose unmittelbar dem tröstlichen Elend und der Verzweiflung, in welche sie durch ihre Beschäftigungslosigkeit geraten sind, entzogen werden.

Am das Los der Arbeitsinvaliden zu bessern, batte der Bundesvorstand am 27. September den Reichsarbeitsminister in einer Eingabe ersucht, die Bezüge der Invaliden- und Altersrentner denen der Erwerbslosen gleichzustellen und die dafür benötigten Gelder in gleicher Weise wie die zur Erwerbslostenfürsorge benötigten aufzu-

bringen. In seinem Antwortschreiben lehnte der Reichsarbeitsminister diesen Vorschlag ab, stellte aber dessen Prüfung im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium in Aussicht.

Vom Ortsausschusse Hamburg wurde angeregt, für eine angemessene Besahlung der Arbeitsleistung der Strafgefangenen einzutreten. Dieser Anregung haben wir entsprochen, indem wir am 10. November den preussischen Justizminister ersuchten, 1. die den Strafgefangenen für ihre Arbeitsleistung zuzuführende Entschädigung von 30 Pf. pro Arbeitstag entsprechend den veränderten Verhältnissen zu erhöhen; und 2. den zur Beschäftigung Strafgefangener zugelassenen Unternehmern eine zeitgemäße Erhöhung der Arbeitslöhne aufzuerlegen. In der dem Bundesvorstand am 8. Dezember zugegangenen Antwort erklärte sich der Justizminister mit unserm Verlangen einverstanden.

Da in den maßgebenden Stellen erneut die Frage der künftigen Getreidebewirtschaftung aufgeworfen wurde, hielt sich der Bundesvorstand für verpflichtet, die Reichsregierung auf die Folgen einer weiteren Verteuerung unsern Volksernährung hinzuweisen. Unser Wunsch, mit dem Kabinett in Verhandlungen zu treten, wurde unter Hinweis auf die durch die Übergabe der Ententeorderungen geschaffene Situation abgelehnt.

In den Hauptausschuss für Fleisch- und Fischvertrieb, einer Unterabteilung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, hat der Bundesvorstand einen Vertreter entsandt. Die Verbraucher sind darin außerdem noch vertreten durch die Konsumvereine, den Deutschen Städtebund, eine größere Hausfrauenorganisation und die christlichen Gewerkschaften. Die Vertreter des Bundesvorstandes sind ständig bemüht, eine bessere Preisgestaltung herbeizuführen.

Am die letzten Vorbereitungen zum Internationalen Gewerkschaftskongress zu treffen, fand am 22. und 23. Oktober in Amsterdam eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Dort nahmen Legien und Grabmann Gelegenheit, eingehend die Folgen des Friedensvertrags für die Lage der deutschen Arbeiterschaft zu behandeln. In einer weiteren Sitzung am 21. und 22. Januar 1921 wurde in Anwesenheit des Kollegen Grabmann der Ablauf des Abkommens von Spa, die angekündigten Wiedergutmachungsverhandlungen in Brüssel und die politische Situation behandelt. Aus dem Verhandlungsergebnis ist der Beschluß hervorzugehen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund je eine Studienkommission nach Dordrecht, Österreich und dem Saarrevier entsenden wolle. Dem Bundesvorstande wurden Grabmann, Umbreit und Wissel mit der Vertretung betraut.

Große Erregung löste bei unsren Gewerkschaften die aus Anlaß des Berliner Elektrizitätsarbeiterstreiks am 10. November erlassene Verordnung des Reichspräsidenten gegen Streiks in lebenswichtigen Betrieben aus. Ohne auf den Streik, seine Ursachen und seine Berechtigung einzugehen, ist mit aller Schärfe festzustellen, daß durch diese Verordnung die Arbeiterschaft lebenswichtiger Betriebe unter ein Ausnahmegefehl gestellt und damit für diese Arbeiter das Streikrecht aufgehoben wird. Der Vorstand hat darum sofort beim Reichspräsidenten Einspruch erhoben. Am 26. November beschloß die Verordnung den Reichstag, der am 30. November bei der Abstimmung den von der Sozialdemokratischen Partei gestellten Antrag auf Aufhebung der Verordnung ablehnte und mit 174 gegen 143 Stimmen beschloß, die Verordnung bis zur Einführung des obligatorischen Schlichtungsverfahrens aufrechterhalten.

Vom Reichsarbeitsministerium wurde dem Bundesvorstand am 17. Dezember die Mitteilung, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Aufhebung der im § 134 c Abs. 2 G.D. enthaltenen Verpflichtung beantragt habe, nach der jedem Arbeitnehmer bei seinem Eintritt in die Beschäftigung eine Arbeitsordnung des Betriebes auszuhandeln ist. Begründet wurde dieses Verlangen damit, daß durch den Neuabschluß der Arbeitsordnungen auf Grund des Betriebsrätegesetzes besonders den Großbetrieben erhebliche Druckkosten entstehen würden. Nach Meinung der Arbeitgeberverbände sollte es genügen, wenn jeder Arbeitnehmer die Arbeitsordnung beim Eintritt in den Betrieb zur Einsichtnahme vorgelegt und allen Arbeitnehmern ferner durch Auslassung der Arbeitsordnung Gelegenheit gegeben würde, sich jederzeit über den Inhalt derselben zu informieren. Der Vorstand hat sich diesem Antrage gegenüber ablehnend verhalten und darauf verwiesen, daß im Vergleich zu den gefassten Betriebsstatuten die Ausgabe für die Drucklegung der Arbeitsordnungen kaum in Betracht kommt; daß der persönliche Besitz der Arbeitsordnung aber erst die Möglichkeit gibt, wirklich eingehend den Inhalt zu studieren.

Am 1. Januar 1921 ist der Geschäftsbetrieb der Warenverorgungsstelle der deutschen Gewerkschaften aufgenommen worden. Der vornehmste Zweck der Versorgungsstelle ist die Beschaffung preiswerter Kleidungsstücke unter jeder Ausschaltung des Zwischenhandels.

Der Bundesvorstand bemühte sich in einer Eingabe an das Finanzministerium, auf die Erbilligung der Arbeiterschaft gegen den Steuerabzug vom Arbeitslohn hinzuweisen. In der uns zugegangenen Antwort wurden unsre Anregungen anerkannt und Berücksichtigung zugesagt.

Die gewerkschaftlichen Internaturskurse sind nicht fortgesetzt worden. Zur Finanzierung der Betriebsrätekurse sind aus Reichsmitteln 1 Mill. Mk. zur Verfügung gestellt worden, die auf verschiedene Hochschulen und Organisationen entfallen. Dem A.O.G.B. werden nach dem Vorschlage des Reichsarbeitsministeriums ungefähr 420 000 Mk. zufallen.

Von amerikanischen Gewerkschaftsfreunden sind dem Bundesvorstande größere Geldbeträge zur Unterstützung an notleidende Gewerkschaftsgenossen überwiesen worden. Dagegen ging auch aus Pittsburg (Pa.) eine größere Summe ein.

Am 1. Juni 1920 wurde die Errichtung einer gemeinsamen Betriebsrätezentrale des DDBZ, und des WBA-Bundes beabsichtigt und gleichzeitig die Richtlinien für die künftige Zusammenfassung der Betriebsräte veröffentlicht. Ferner wurde die Bildung eines geschäftsführenden Ausschusses der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und eines provisorischen Betrags beschlossen. Die Auflage der „Betriebsrätezeitung“ beträgt 115000 Exemplare.

Die Jahresrechnung 1920 des Bundesvorstandes schließt ab mit einer Gesamtschuld von 13155659,92 Mk., ein Mehr gegen das Jahr vorher von 11639610,70 Mk., darunter ein Betrag von 7244240,65 Mk., der sich aus der schwedischen Kreditaktion ergeben hat. Darüber hinaus ist die Steigerung zurückzuführen auf verschiedene Unterstützungsaktionen, die im Laufe des verfloffenen Jahres vor sich gingen. Sie sind in der Abrechnung zusammengefasst in dem Unterführungskonto, das mit einem Betrage von 1298272,96 Mk. abschließt.

In gleicher Weise wie die laufenden Einnahmen sind auch die laufenden Ausgaben gestiegen. Zur Erhöhung der Ausgaben haben in erster Linie beigetragen die Errichtung der Betriebsrätezentrale und die Herausgabe der Betriebsrätezeitung, die zusammen eine Ausgabe von 224911,85 Mk. verursachten. Hinzu kommt die Einstellung mehrerer Hilfskräfte in die Bureaus des Bundesvorstandes und seine einzelnen Abteilungen sowie die Erhöhung des Betrags an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Im übrigen ist die Steigerung der Ausgaben zurückzuführen auf die Entwertung des Geldes und die Steigerung der Preise für alle Verbrauchsgüter. Aus diesem Grunde stellen sich die Ausgaben unter den einzelnen Einnahmen und Ausgaben bedeutend höher als im Jahre vorher. Die Steigerung der Ausgaben gegen das Vorjahr betrug: Bundesvorstand, sächliche und persönliche Verwaltungskosten, 200995,62 Mk.; Bibliothek 1284,92 Mk.; Kongresse und Konferenzen 144943 Mk.; Drucksachen 25769,60 Mk.; Beitrag an das Internationale Gewerkschaftssekretariat 1352139 Mk.; Agitation 426449,37 Mk.; Verlag 145449,08 Mk.; „Korrespondenzblatt“ 541864,72 Mk.; „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ 1029195,45 Mk.; „Oswiata“ 221376,31 Mk.; Zentralarbeitssekretariat 54280,87 Mk.; Sozialpolitische Abteilung 84216,17 Mk.

Das „Korrespondenzblatt“ hatte eine Auflage von 61000 Exemplaren. Im verfloffenen Jahr ist das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Oswiata“ wöchentlich einmal herausgekommen. Die Auflage betrug im Durchschnitt 15690 Exemplare. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 3145 Exemplare.

Das Arbeiterinnensekretariat beschäftigte sich im Berichtsjahre vielfach mit dem Problem der Frauenarbeit; vor allen Dingen mit der Feststellung geeigneter Frauenberufe und zweckmäßiger Berufsberatung jugendlicher, in das Erwerbsleben einleitender und solcher weiblicher Arbeitskräfte, die bisher ungenutzte Fabrikarbeit und häusliche Arbeiten verrichten haben und jetzt andere Arbeitsstellen suchen müssen. Ferner war das Sekretariat an den Vorbereitungen für ein selbständiges Hausangestelltenrecht und den Vorbereitungen für den neuen Arbeiterinnenschutz beteiligt. Die Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ ist immer noch die Hauptarbeit des Sekretariats. Sie erscheint augenblicklich in einer Auflage von 403000 Exemplaren. Der Rückgang der Auflage gegen das Vorjahr erklärt sich u. a. aus dem Rückgang an weiblichen Arbeitskräften in den verschiedenen Berufen und aus der finanziellen Mehrbelastung der Verbände durch Forderung der „Betriebsrätezeitung“ an zahlreiche Mitglieder.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Mainz, (Allgemeine Buchdrucker- und Verleger- und Verlagsversammlung am 13. August) Am 13. August fanden vor dem Tarifamt Einigungsverhandlungen statt, um den Frieden im graphischen Gewerbe des besetzten Gebietes des Kreises III wieder herzustellen. Kollege Wehrich, der als Vertreter des besetzten Gebietes an den Verhandlungen teilnahm, schilderte in längeren Ausführungen die Schwierigkeiten derselben und empfahl nach Lage der Sache und um weitere unnötige Opfer zu ersparen, die getroffenen Vereinbarungen anzunehmen. Folgende Forderung stellte die Gewerkschaft: eine wöchentliche Zulage von 44 Mk., zahlbar ab 1. Juli für Verbeiratete und Ledige. Nach langen Verhandlungen wurden vor dem Tarifamt folgende Abmachungen getroffen: In Orten mit 7/11 Proz. Lohnzuschlag 75 Mk., 10-15 Proz. 90 Mk. und in den größeren Orten 120 Mk., und zwar monatlich bis August und September. Diese Sätze erhalten alle Verbeirateten und Ledigen über 24 Jahre, alle übrigen zwei Drittel derselben, während die Hilfsarbeiter proportional daran partizipieren. Die Diskussion wurde ziemlich scharf, aber sachlich geführt. Auf Vorschlag wurde eine namentliche Abstimmung vorgenommen. Dieser hatte folgendes Ergebnis: abgestimmt haben 254 Kollegen, davon stimmten für Annahme 160, für Ablehnung 96 Kollegen. Die Versammlung stimmte deshalb den Abmachungen zu, weil diese Sonderzulage nun grundsätzlich gewährleistet ist und erhofft, daß in den Septemberverhandlungen des Tarifamtes die Frage der Sonderzulage nun endgültig für

das besetzte Gebiet geregelt wird. Mit dem Ergebnisse der Verhandlungen kann man keineswegs zufrieden sein, da diese nicht dem entsprechen, was die Gewerkschaft erwartet hat. Durch beläbige anderthalbjährigen Kampf und durch Innehaltung der tariflichen Inzanken hat es die Gewerkschaft immer wieder verfehlt, eine Sonderzulage für das besetzte Gebiet des Kreises III herauszubekommen. Wenn durch das künftige glatte Nein der Prinzipalität den Kollegen, die bis dato, das muß anerkannt werden, eine bewundernswürdige Disziplin bewahrt hatten, der Geduldslasie riß, ist nicht zu verwundern. So einmütig wurde selten ein Kampf geführt, und es war erbebend, wie sich unsere Bruderorganisationen und die Transportarbeiter mit uns solidarisch erklärten und jede Streikarbeit verweigerten, und so gewollt oder ungewollt mit in den Kampf hineingezogen wurden. Der Kampf wäre vermieden worden, hätte die Prinzipalität auch nur einen Funken sozialen Verständnisses besessen. Der Frieden im Gewerbe ist wieder eingezogen. An der Prinzipalität liegt es nun, dafür zu sorgen, daß er von Dauer ist.

Wittenberg. In unserer Versammlung am 13. August wurde zunächst für die streikenden Maliner, Wormer und Wiesbadener Kollegen eine Unterstützung bewilligt. Trotzdem vom Verbandsvorstande diese Streiks verboten sind und sämtliche Teilstreiks im großen und ganzen auch von uns verworren werden, hielten wir es für unsere Pflicht, unsere kämpfenden Kollegen im Kampfe gegen das Unternehmertum zu unterstützen, denn nur durch Selbsthilfe sind sie in der Lage, ihr vergebliches Dasein etwas zu bessern. (Soll das noch Ergänz. sein? Red.) Nach der Übernahme eines Kollegen aus der Bebelingsorganisation als vollwertiges Verbandsmitglied in den Verband, hielt der Genosse Riediger (Weslau) ein Referat über die „Volksfürsorge“. Mit kurzen Worten legte er die Vorteile der „Volksfürsorge“ gegenüber den anderen bürgerlich-kapitalistischen Versicherungen dar. Jeder Kollege, jeder klassenbewußte Arbeiter sollte sich sowie seine Angehörigen nur bei der auf gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Grundlage aufgebauten „Volksfürsorge“ versichern. An dieser Stelle ließ dem Genossen Riediger nochmals gedankt, Nachdem der Kassierer die Abrechnung des dritten Quartals gegeben hatte, wurde in den Hauptbesitzungsordnungsprotokoll der Versammlung, „Tarifliches“ (die neue Steuerungsulage), eingetretten. Alle Kollegen waren enttäuscht über die Meinung, daß es einfach unbegründet sei, wie unsere Vertreter diesen Abmachungen, dieser hochpreisenden sogenannten Steuerungsulage, zustimmen konnten. Wenn jetzt noch nicht zu einer kritischen Aktion geschritten werde, so sei es nur der gewerkschaftliche Geist, die gewerkschaftliche Disziplin, welche uns noch davon abhalte; aber das Maß sei voll, ja über voll, und der geringste Anstoß bringe es zum Überlaufen. Eine Resolution wurde nunmehr einstimmig angenommen, in der auf schärfste protestiert wird gegen die minimalen Sätze der Steuerungsulage. Die Geduld der Kollegen ist erschöpft und schärfste Kampfparole an die Unternehmer bei den nächsten Verhandlungen werde gefordert. Den ruffähigsten Protestführern wurden 100 Mk. überwiesen; mehr zu geben waren wir nicht imstande, da unsere Ortsvereinstaffe fast leer und der Ortsvereinsbeitrag erst erhöht werden muß. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten fand um Mitternacht die wichtige Versammlung ihr Ende.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Zur Situation. Nach inzwischen eingegangenen offiziellen Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen des Kreisamtes des Tarifkreises II (Reinland-Wesfalen usw.) wird die Möglichkeit unserer diesbezüglichen Mitteilungen in voriger Nummer bestätigt. Nachfragen wäre nur noch, daß den Hilfsarbeitern, soweit sie verheiratet und über 21 Jahre alt oder soweit sie ledig und über 24 Jahre alt sind, ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichstarife festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen ist. Die für Klasse A festgesetzten Beträge kommen für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen jedoch nicht prozentual, sondern voll zur Auszahlung. — Aber die Situation im besetzten Gebiete des Kreises III (Mainz, Wiesbaden, Worms usw.) sind uns außer dem in heutiger Nummer unter „Korrespondenzen“ veröffentlichten offiziellen Bericht von Mainz einige Zeitungsbilder bekannt geworden, wonach auch in den übrigen Druckorten dieses Gebietes der Frieden nach den Vereinbarungen in Berlin wieder eingezogen ist. — In Erler und Pirmaxens kamen auf Grund ähnlicher Verhandlungen folgende Vereinbarungen zustande: In Erler erhalten Verbeiratete mit drei Kindern 20 Proz., sonstige Verbeiratete mit drei Kindern 15 Proz., und alle Ledigen 15 Proz. von dem Gesamtlöhne als weitere Zulage; Steinbrucher, Buchbinder und Hilfsarbeiter erhalten die gleichen Sätze. In Pirmaxens erhalten Verbeiratete mit drei und mehr Kindern 50 Mk., sonstige Verbeiratete 40 Mk. und ledige Gehilfen 25 Mk. wöchentlich mehr, und zwar erstmalig zahlbar ab 19. August.

Tarifamtliche Stellenvermittlung. Ein schwerkrankschädigter Seher, der Lust hat, sich im Buchdrucker- und Verleger- und Verlagsgewerbe zu betätigen, wird nach Duderstadt gesucht. — Schwerkrankschädigter als Faktor bzw. Betriebsleiter nach Magdeburg gesucht. Es wird Wert gelegt auf durchaus tüchtige Kraft, welche die eingehenden Aufträge bearbeiten kann und im Eise, Druck und in der Buchbinderlei bewandert ist. Personal von 60 Köpfen. — Ferner wird ein Schwerkrankschädigter als Vorleger oder als Korrektor nach Berlin verlangt. — Schwerkrankschädigter Buchdrucker, der die

Stelle eines Vorläufers befehlen will, wird nach Berlin gesucht. Bewerbungen werden an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, erbeten.

Nachschmerzwertes Beispiel. Die Buchdruckerei Ludwig Auer (Pädagogische Stiftung Cassanum) in Donaueschingen gewährte ihrem gesamten Personal Sonderzulagen. Verbeiratete erhielten 200 Mk., Ledige 150 bzw. 100 Mk., weibliches Personal 100, 75, 50, 25 Mk., Gehilfen 30 bzw. 20 Mk.

„Verein Berliner Zeitungsverleger“ und „Großstadt-Verleger“. Ihre Mitteilung von einer ansehend interessierenden Namensänderung des „Vereins Berliner Vorortpresse“ in „Verein Berliner Zeitungsverleger“ in Nr. 95 bedarf insofern einer Richtigstellung, als diese Namensänderung durch die inzwischen restlos vollzogene Eingemeindung der Berliner Vororte in die Einheitsgemeinde Groß-Berlin ihre Berechtigung hat. Der neben diesem Vereine noch bestehende „Verein Großstädtischer Zeitungsverleger“ ist kein ausgeprochener Berliner Verein, sondern erstreckt sich auf mehrere Großstädte, stellt folgendes eine besondere Sparte großer Zeitungskonten dar, die ihre „Angehörigen“ unter Ausschluß der Kleinen zu deckeln verliert und dabei danach trachtet, den kleinen Zeitungsverlegern das Lebensglück auszulieben. Der jetzige Verein Berliner Zeitungsverleger (früherer Verein Berliner Vorortpresse) umfaßt zur Zeit 35 Mitglieder und dürfte bezüglich der Verbreitung seiner Blätter dem Vereine der großstädtischen Zeitungsverleger, trotz dessen an großstädtische Reichhaltigkeit erinnernden Titels, nicht nachstehen.

Das gute Inserat. Im Anschluß an die Notiz in voriger Nummer unter angeführter Stichmarke können wir heute näheres mitteilen, da uns inzwischen Einladung und Bedingungen (freilich etwas spät) zugegangen sind, die wir auszugewählte wiedergeben. Zur Beilegung an Wettbewerb II ist selbstverständlich auch die Kollegenchaft eingeladen.

Bedingungen. Gegenstand des Wettbewerbs sind vom Einleger selbst gefertigte Entwürfe für Inserate des Textzeilenhandels. Die Entwürfe können sowohl typographisch wie graphisch gestaltet werden und müssen sich für die Wiedergabe in Tageszeitungen eignen. Auf die besondere Eigenart des Zeitungsdruckes ist in jeder Bezeichnung Rücksicht zu nehmen. Als Grundlage für jeden Entwurf muß eine bereits in einer deutschen Tageszeitung erschienene Anzeige des Textzeilenhandels vom Entwurfenden gewählt werden. Der Entwurf muß den gleichen Flächenraum und dem Sachinhalte nach dem gleichen Text der zugrunde gelegten Anzeige entsprechen. Das Format der Anzeige kann verändert werden, muß sich jedoch nach der Spalteneinteilung der Zeitung richten, in der der Entwurf aufgestellt werden soll. Auch die sprachliche Überarbeitung des Textes ist gleichmäßig Gegenstand des Wettbewerbs. Alle Entwürfe sind in natürlicher Größe auszuführen und auf weißen Karton aufzugeben. Jedem Entwurf muß die ganze Seite der Zeitung beigelegt werden, die die zugrunde gelegte Anzeige enthält. Auf der Zeitungseite ist die als Grundlage benutzte Anzeige kenntlich zu machen. Die zeichnerischen Entwürfe sind einfarbig, schwarz, reproduktionsfähig einzuschicken. Die typographischen Entwürfe müssen die durch den Geh. beschaffliche Wirkung klar erkennen lassen. Wenn möglich, ist ein guter Schwarzabdruck des Textes einzuschicken. Die Entwürfe müssen nach verpackt (nicht unter Glas) bis zum 10. September 1921 bei der Schriftleitung der Zeitwocde, Berlin C 19, Spittelmarkt 8-10, mit dem Zusage „Ministerwettbewerb: Das gute Inserat“ abgegeben oder bis zum gleichen Termine bei der Post aufgegeben werden. Als Auswahl für die Ermittlung gilt der Preisrichter, aus dessen Reihen die Preisrichter zu ernennen sind. Spätestens am 10. September 1921 bei der Zeitwocde eingegangen sein. Jeder Entwurf und die dazu gehörige Zeitungseite ist mit einem gleichlautenden Kennwort, nicht Kennzeichen, an der oberen rechten Ecke zu versehen. Ein gleichmäßig mitzuführender, geschlossener Preisumschlag muß außen das gleiche Kennwort und innen den Namen und die genaue Anschrift des Verfassers tragen. Für die 13 besten Entwürfe ist ein Gesamtbetrag von 20000 Mk. an Preisen ausgesetzt. Die preisgekrönten Entwürfe werden Eigentum der „Zeitwocde“. Das Urheberrecht verbleibt den Herstellern. Nicht prämierte Entwürfe werden spätestens nach einem Vierteljahre, währenddessen sie zu Ausstellungenwecken geblieben haben, kostenlos zurückgegeben.

Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hat bekanntlich derartige Inseratwettbewerbe mit nachweisbarem gutem Erfolg unter den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker schon lange vor dem Krieg erst für den eigenen Verlag durchgeführt und dann auch für andere Firmen besorgt. Wir wollen nur an die Preisauschreiben der Firmen Schreffelberger & Günckel und H. Berthold, H.-G., Berlin, erinnern, die ein außergewöhnliches Resultat erzielten und den Beweis künstlerischer Fertigkeit der vorwärtzstrebenden Kollegenchaft erbracht haben. Die preisgekrönten Arbeiten wurden seiner Zeit in den „Mitteilungen“ durch Reproduktion wiedergegeben. Auch bei diesem Wettbewerb würde mancher Kollege einen Preis davontragen können.

Unangenehme Druckwerke. Ein umfangreiches Werk ist die offizielle „Geschichte des Sezessionskriegs“, die im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten geschrieben worden ist. Sie hat 2800000 Dollar gekostet und umfaßt 110 Bände; ihr Druck dauerte mehr als zehn Jahre. Im Verzeichnis ist noch neuer die „Nachfolge Jesu Christi“, gedruckt 1855 in der Pariser Staatsdruckerei, die eine halbe Million Franken kostete, so daß ein jedes der 103 Exemplare 14500 Franken ausmachte. Das umfangreiche Werk aber ist die chinesische Enzyklopädie, über die wir schon berichteten. Auch Deutschland weiß umfangreiche Werke auf, auf die gelegentlich eingegangen werden soll.

Blindprägung mit gleichzeitigen Schriftdruck. Dem Obermaschinenmeister A. Erlich in Aunsbach i. B., Thüringenstraße 7a, ist es auf einfache Art gelungen, Blindprägedruck und gleichzeitigen Schriftdruck in einem Arbeitsgang auf Schnell- und Tiegedruckpressen zu erledigen. Das Verfahren ist mit einer patentamtlich geschützten Zielmatrix auszuführen, an den Maschinen sind keinerlei Änderungen nötig. Die Erfindung wird während der Leipziger Herbstmesse in der Halle „Am alten Theater“, Stand 77-99, praktisch erklärt, wofür auch Prob-

drucke und Bleimatrizen zu beschlagnahmen sind, und zwar vom 27. August bis 3. September.

Nolgedausstellung in Leipzig. Als eine Ausstellung graphischer Künste wird die zur Leipziger Herbstmesse vom 27. August bis 3. September in Aussicht genommene große Nolgedausstellung anzupredigen sein.

Gewerkschaftliche Vorschläge zur Abwehr der Steuer- und Steuernol. Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erläßt eine einstimmig angenommene Kundgebung um letzten Lage sowie den bevorstehenden Lohnbewegungen und weendet sich in einem gebarniklosen Protest gegen die Unternehmerverbände, die den Gewerkschaften wegen den zwingend notwendigen Lohn- und Gehaltsforderungen „unverantwortliche Übertreibung der Dinge“ vorwerfen.

den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten, um der Bewegung einen so größeren Erfolg zu sichern. Die Unternehmer werden eindringlich gewarnt wegen Abweilung der notwendigen Forderungen, die sie „als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“ hinfellen und gleichzeitig erklären, daß höhere Löhne nur dann zugestanden werden können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird.

Briefkasten D. in S. und D. I. in A. I. wird aufgenommen. — S. Sch. in 55. I. Drei. Einleitung heißt die Mitgliedschaftsbescheinigung. Lassen Sie sich diese auf einer für uns bestimmten Postkarte durch den dortigen Ortsverein vorführen oder kässier befähigen, dann erst kann Ihre Einleitung aufgenommen werden.

Verbandsnachrichten Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernsprecher: Almi Kurfürst, Nr. 1191.

Dresden. Das Verbandsbuch des Ehrens Alfred Schmidt (Hauptbuchnummer 2300), geboren 3. April 1901 in Pulsnitz, eingetreten 5. Mai 1919 dabeilich, ging auf der Post verloren. Ihm wurde ein zweites Buch ausgeleilt (Gau Dresden Nr. 4247).

Verfammlungs-kalender Bamberg. Maschinenmeller, Bezirksversammlung Sonntag, den 4. September, vormittags 7 Uhr, im Restaurant „Zum Ringeberg“ in Nüchtersheim. Chemnitz. Gemeinliche Versammlung aller graphischen Verbände der Mittweide, den 24. August, abends 7 Uhr, im „Hahnbau“.

Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker (Kreis XII.) Zur Bedeckung der Ankosten für das Jahr 1920 wird gebilligt ein einmaliger Betrag von 1 Mk. für jeden tarifreifen Organisten und nichtorganisierten Gesellen erhoben.

Ortsverein Erfurt Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr, im Saale bei Steiniger (Predigerstraße): Mitgliederversammlung Tagesordnung: Stellungnahme zur bevorstehenden Tarifausschubstiftung.

Erster Akzidenzsetzer der an selbständiges, hohes Arbeiten gewöhnt ist, in dauernde Stellung bei guter Bezahlung gesucht.

Tüchtiger Linotypsetzer für Werkfab für sofort oder später gesucht.

Zwei tüchtige Linotypsetzer mit guten Leistungen und dem Mechanismus des Doppeldruckers vertraut, für zwei neue zur Anstellung gelangende Maschinen in angenehme, gutbezahlte Dauerstellung zum baldigen Eintritt gesucht.

ersten Maschinenmeister möglichst nicht unter 30 Jahren. Derselbe mußte im Farbendruck Vorzügliches leisten und umfassen sein, dem Maschinenkate (drei Schnellpressen, zwei Litzel usw.) vorziehen zu können.

Schriftgießer gesucht! 3851 Rudolf Wagner, Eubühlg. chertel, Leipzig 21, Eubelberger Straße 1a.

Mehrere Linotypsetzer mit langjähriger Praxis suchen sofort in Groß-Berlin Stellung.

Akzidenzsetzer Correcteur et typographe de langue française, très capable, connaissant suffisamment l'allemand, sachant composer en tous les alphabets, le grec et le latin, cherche place de suite.

Akzidenzsetzer hat im Entwurf und Herstellung zeitgemäßer Pranda boten, Al Jahre alt, wünscht sich in Leipzig in an-enehme dauernde Stellung zu erlangen.

Richtig kalkulieren Können muß jeder Kollege, der die Meisterprüfung ablegen will. Die beste Anleitung hierzu bietet Die Kalkulation für Druckarbeiten von Emil Hallupp

Akzidenzsetzer für bessere Arbeiten sowie Kataloge zum sofortigen Eintritt gesucht.

Bahnhobler für Messinglinien oder Schriftgießerei-hobler suchen

Präger, Vulkaniseur und Fertigmacher (eventuell auch Setzer) kann sofort ein-treten bei

Akzidenz- und Katalogsetzer mit besten Zeugnissen und Ausbildungs-berechtigung, korrekter u. selbständ. arbeit., gutem Vorkenntnisse, suchst Stellg. in Leipzig

Linotypsetzer 32 Jahre alt, 13-jährige Praxis (an Ein- und Zweibeidern und Dreibeln, suchst Dauer-stellung. Beste Zeugnisse zur Verfügung.

Linotypsetzer in anehr. guter, schmacht. Qualität, in Proben von etwa 9 Pfd., 9,20 Mk. per Pfd. Berlin, Streich.

Akzidenz-, Werk- und Zei- chensetzer finden geeignete Fachlehr-bücher im Graph. Verlag A. Egei, München 9. Katalog 50 Pf.

Gesangverein „Gutenberg“ Leipzig Anfang der Abendsunde laut Be-schluss pünktlich 7 Uhr. Theaterbillet-verkauft, auch für die Oper, und Ausgabe der übriggebliebenen Weimarer Bilder 6 1/2 - 7 Uhr.

Kolationsmaschinenmester Ludwig Moritzen, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Graphische Fachklassen Entwurf und Werkstoff-Ausbildung. Auskünfte durch die Barmen. Kunstgewerbeschule Barmen.

Wies Nähere über die Gemeinschaft für Einleitende in Braunschweig, Schornhorststr. 10, wird kostenlos zugesandt.

Segregale und Kästen sowie Formregale, Segregale, Maß-liche, Waagen und Farbendrucke, Saß-breiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.

Jeder Aufwärtsstrebende bedarf kaufmänn. Berufsbildung. Den einzig sichersten Weg dazu bietet Reich Lehranstalt, Gimmua. Prop. C21 u. jede gew. Ansch. unil.

Zurichtemesser und Scheren Ähler und Änzler sowie alle Ver-zugszeuge für Seher und Drucker empfiehlt A. Egei, München 9, Kolonnenstraße 1. Katalog 50 Pf.

Peter Köth im Alter von 50 1/2 Jahren. Ein ehrendes Andenken be-wahren ihn! Bezirksverein Seidberg. Maschinenmeisterklub.

Am 17. August verstarb nach langem Leiden unter heuwerter Pflege, der Maschinenmeister invalide